

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir nehmen in dieser Woche vor der Europawahl gern die Gelegenheit wahr, deutlich zu machen, wie wichtig uns das europäische Haus und dessen Weiterentwicklung ist.

Allein die Tatsache, dass Baden-Württemberg Einfuhren aus der EU im Umfang von 80 Milliarden € und Ausfuhren in die EU im Umfang von 90 Milliarden € aufweist, zeigt, wie eng verflochten unser Land mit der Europäischen Union ist.

Dies gilt aber nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Wenn wir auf die 69 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die in diesem Monat vergangen sind, zurückblicken, dann blicken wir auf eine Zeit des Friedens zurück. Blickt man ausgehend von dem Jahr 1945 69 Jahre zurück, dann blickt man zurück auf eine Zeit, in der Deutschland mindestens drei Kriege mit Frankreich geführt hat, gegen den damaligen Erzfeind, der mittlerweile zum Freund geworden ist.

Was hat unser Land damals falsch gemacht? Die Deutschen haben damals mit kleingeistigem Nationalismus und Größenwahn gedacht, sie könnten die Welt verändern. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir es geschafft, mit der Europäischen Union Versöhnung und Wiederaufbau in den Vordergrund zu

stellen. Menschen wie Charles de Gaulle und Konrad Adenauer haben den Sprung geschafft, sich aufeinander zuzubewegen und die Synapse zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden, auf der Europa bis heute baut.

Wollen wir heute diese Errungenschaften den Rechtspopulisten der AfD überlassen? Ich meine nein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Haben diese Rechtspopulisten je ein Konzept vorgelegt, das eine Alternative für Europa – nicht für Deutschland – darstellt? Ich kenne kein solches Konzept. Sie haben auch nicht gesagt, was 2008 geschehen wäre, hätten wir während der damaligen Währungskrise noch Nationalstaaten mit eigenen Währungen gehabt. Ich hätte auch im Hinblick auf die Ukraine Schlimmstes befürchtet, wenn die dortige Situation eingetreten wäre, ohne dass es die Europäische Union gegeben hätte. Die Europäische Union ist dort nämlich die Lösung des Problems, aber nicht das Problem selbst. Das ist wichtig zu beachten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Demgegenüber gibt es seitens der AfD Aussagen wie die, dass die Europäische

Union eine „Entartung der Demokratie“ sei. Oder es wird von einem „sozialen Bodensatz“ gesprochen, der lebenslang in unserem System verharre. Damit sind die Migranten gemeint. Das ist nicht nur kleingeistiger Nationalismus, meine Damen und Herren, sondern es ist auch noch mit falschen Aussagen begründet und aus braunen Wörterbüchern abgeschrieben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Natürlich müssen wir die EU – ich habe es eingangs gesagt – weiterentwickeln und verbessern. Vor allem hinsichtlich im Bereich der Demokratie besteht ein Misstrauen in der Bevölkerung. Es wird beklagt, dass die Bevölkerung und die Gewaltenteilung nicht gebührend berücksichtigt werden. Das wird neuerdings auch an der Verhandlungsstrategie der EU im Zusammenhang mit dem TTIP deutlich. Die Menschen wollen mehr in die Entscheidungen einbezogen werden und nicht weniger, und sie wollen mehr an dem Haus Europa mitbauen und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Natürlich können wir Europa und die Europäische Union unserer Bevölkerung

nicht schmackhaft machen, wenn jeweils die Gebietskörperschaft Erfolge, die eigentlich auf die EU zurückzuführen sind, auf die eigene Kappe nimmt, aber dann, wenn es nicht funktioniert, wenn es einmal nicht gut läuft, der EU die Schuld zuweist. So macht man keine Werbung für die Europäische Union, und so tut man der Europäischen Union auch massiv unrecht.

Gerade wir in Baden-Württemberg müssen daran denken, dass wir ohne die EU keine Tramverbindung zwischen Weil am Rhein und Basel und keine Tramverbindung zwischen Kehl und Straßburg hätten und dass wir kein EU-Forschungsförderungsprogramm hätten, im Rahmen dessen in der letzten Förderperiode allein 1,4 Milliarden € an baden-württembergische Universitäten geflossen sind. Das sind Maßnahmen, die Europa konkret spürbar machen. Das müssen auch wir, die Politiker, in diesem Land transportieren, um zukünftig eine positive Stimmung für Europa zu schaffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unsere Verantwortung liegt aber auch darin, eine Politik zu praktizieren, die auf Fakten beruht. Wenn aber die CSU nun eine Sozialneiddebatte gegenüber Bulgaren und Rumänen ausruft,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Quatsch!)

die auch noch falsch ist, dann ist das weder christlich noch sozial, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Falsch!)

Denn unter den bulgarischen und rumänischen Miteuropäerinnen und Miteuropäern sind im Verhältnis mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als unter der deutschen Bevölkerung.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Schauen Sie doch einmal nach Mannheim!)

Deswegen ist diese Aussage eine Lüge gewesen. Diese Lüge hat sehr viel Schaden angerichtet, auch für die Integration dieser Menschen, die wir ja auf unserem Arbeitsmarkt dringend benötigen.

Solche Stammtischdebatten bilden den Boden für das Erstarren von AfD, Front National, SVP und wie sie alle heißen. Hier tragen wir in der Form und in den

Inhalten unserer Aussagen Verantwortung dafür, dass Europa wie bisher ein Erfolgsmodell bleibt.

Das wusste bereits Konrad Adenauer. Er hat 1948 gesagt:

Die Rettung Deutschlands und die Rettung Europas sind identisch.

Wenn die CDU nun heute Grußworte bei der AfD-Demonstration in Stuttgart überbringt, dann öffnen Sie, Herr Hauk, die Türen und bereiten den Boden für diesen Rechtspopulismus, den ich hier skizziere.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von

den Grünen: Genau! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU:

Verunglimpfung! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD:

Das war wirklich unmöglich! Arm in Arm mit der AfD!)

Die Landesregierung zeigt in der Stellungnahme zu unserem Antrag, wie man mit dieser Situation umzugehen hat. Die Schweizer Politiker geben sich im Moment im Staatsministerium die Türklinke in die Hand. Das zeigt, wie wichtig es uns ist, die Brücken zur Schweiz nicht abzubauen, sondern weiter aufzubauen. Für uns ist klar: Die Freizügigkeit gilt als Grundrecht der EU als

unantastbar. Deswegen werden wir unsere Landesregierung massiv unterstützen, damit in der Schweiz, aber auch in anderen Kreisen klar ist, dass die Freizügigkeit nicht zur Debatte gestellt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Folgt 002: Unsere Landesregierung steht ...)

(Fortsetzung 10:10 Uhr Abg. Josef Frey GRÜNE)

Unsere Landesregierung steht mit uns als Fraktion hinter den europäischen Werten, die im Lissaboner Vertrag festgehalten sind. Ich möchte nur noch einmal auch der CDU sagen: Dazu gehören die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was bilden Sie sich eigentlich ein?)

und Wahrung der Menschenrechte.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Das gilt natürlich auch für Bulgaren und Rumänen und von wo auch immer Menschen hier bei uns Arbeit suchen. Alle 28 Nationen in der EU

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

haben sich mit der Unterzeichnung der Europäischen Verträge verpflichtet, diese Werte einzuhalten. Wir müssen da vorangehen. Für alle 28 Staaten mit 69

Jahren ist die EU ein Erfolgsmodell. Wir unterstützen unsere Landesregierung, hier voranzuschreiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Professor Reinhart.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte hat wirklich sehr gut gezeigt, wie wichtig dieses Thema ist, wie wichtig es ist, hier über diese Abgrenzung zu sprechen, diese Gradwanderung, die wir vornehmen müssen: Einerseits müssen wir am Haus weiterbauen, dürfen aber andererseits dabei das Haus nicht niederbrennen.

Herr Grimm, ich lade Sie gern ein, im badischen Staatstheater in Karlsruhe die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990“ – sie ist meines Wissens noch ein paar Tage geöffnet –, zu besuchen und dort 169 Opfer und ihre Schicksale zu betrachten. Hinterher steht es Ihnen dann frei, eine Aktuelle Debatte zum Thema Linksextremismus zu beantragen.

Natürlich wenden wir uns gegen jede Form des Extremismus. Heute Morgen war es jedoch wichtig, noch einmal die Rolle der AfD aufzubereiten und derer, die den Boden dafür bereiten, dass die AfD heute in Baden-Württemberg so stark ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist – der Minister hat dies auch deutlich gemacht –, dass wir mit dieser

Landesregierung eine der proeuropäischsten und konstruktivsten Landesregierungen haben, die auch im Namen des Subsidiaritätsprinzips ihre Rolle wahrnimmt. Wir unterstützen sie dabei im Europaausschuss darin, auch die Subsidiarität zu überprüfen, und wissen, dass die Landespolitik im Bundesrat auch vertreten wird.

Das hindert uns aber nicht daran, die Verantwortung dafür zu übernehmen – wie ich vorhin bereits ausgeführt habe –, hier eine Willkommenskultur einzuführen, sodass Menschen, die mit ihren Familien und Kindern nach Baden-Württemberg kommen, um hier zu arbeiten und zu leben, sich herzlich aufgenommen fühlen.

Ich erinnere mich etwas schmerzhaft daran, dass mich, als ich eines Morgens über den Zoll fuhr – ich habe 24 Jahre lang in der Schweiz gearbeitet –, auf einem Plakat ein schwarzes Schaf angeschaut hat. Damit war ich als Ausländer gemeint. Ich kann Ihnen sagen: Das ist nicht die Willkommenskultur, die ich erwarte. Ich möchte vielmehr auch eines dieser weißen Schafe sein.

(Zuruf von der CDU: Sie sind ein grünes Schaf!)

So geht es auch den Menschen, die zu uns kommen. Wir sollten sie als

Mitbürgerinnen und Mitbürger begrüßen und sie nicht Opfer eines rechtspopulistischen ~~Rechts~~ansatzes werden lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)